

Die OECD gibt dem Bundesrat Schützenhilfe

Internationaler Bericht gibt der Schweiz relativ gute Noten für die Integration von Einwanderern – dennoch gibt es Verbesserungspotenzial



Die Schweizer werden schon bald wieder über die Einwanderung abstimmen können.

ANTHONY ANEX/KEYSTONE

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Schweiz ist wie jedes Land ein Sonderfall. Zu den helvetischen Besonderheiten gehört die direkte Demokratie. Für Parlament und Regierung sind deshalb politische Reizthemen wie die Einwanderung eine besonders harte Nuss. Der nächste Härtestest in der Zuwanderungsdebatte folgt wohl im Juni 2026 – mit dem Urnengang zur SVP-Volksinitiative über die 10-Millionen-Schweiz. Die Initiative gilt als chancenreich.

Der Bundesrat kämpft mit Studien und Massnahmenpaketen für die Akzeptanz der Zuwanderung – insbesondere der Migration aus der EU in den Schweizer Arbeitsmarkt via Personenfreizügigkeit. Etwas Schützenhilfe erhielt die Regierung am Dienstag von den Migrationsexperten des Ländervereins OECD. Dies in Form eines Berichtes zum Stand der Integration von Zugewanderten in der Schweiz. Zur OECD gehören knapp vierzig relativ reiche Volkswirtschaften. Die Stärke von OECD-Berichten liegt vor allem in ihren internationalen Vergleichen.

Das Gesamtbild des neuen Berichts mag ungefähr auf eine Note 4–5 hinauslaufen: Die Schweiz steht im internationalen Vergleich ziemlich gut da,

doch es gibt bei der Integration der Zugewanderten noch Luft nach oben. Wie viel Luft nach oben es beim Ausmass der Einwanderung noch gibt, wird das Schweizervolk entscheiden müssen. 2023 waren 31 Prozent der Schweizer Bevölkerung Zugewanderte. Gemeint sind hier gemäss OECD-Definition die im Ausland geborenen Personen, auch wenn sie mittlerweile eingebürgert sind. In Luxemburg ist die Zugewanderten-Quote mit rund 50 Prozent noch viel höher, doch in allen anderen betrachteten Ländern liegt die Quote weit unterhalb des Schweizer Niveaus.

Die meisten sind erwerbstätig

Ein zentrales Element der Integration liefert der Arbeitsmarkt. 2023 waren 77 Prozent der 15- bis 64-jährigen Zugewanderten in der Schweiz erwerbstätig. Das ist eine der höchsten Quoten im OECD-Raum. Die Erwerbstätigenquote der aus der EU Zugewanderten lag sogar bei 83 Prozent und damit leicht über der Quote der in der Schweiz geborenen Personen. Die hohe Erwerbstätigkeit der Einwanderer zeigt die Leistungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und des Arbeitsmarkts sowie die auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Personen-

freizügigkeit mit der EU. Gemäss einem Bericht des Bundesrats vom November kamen seit 2012 im Mittel rund zwei Drittel der EU-Einwanderer wegen einer Arbeitsstelle in die Schweiz. Der Grossteil des Rests betraf Familiennachzug und Studenten.

Nicht an der Spitze liegt die Schweiz gemäss dem OECD-Bericht bei der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote der 15- bis 64-jährigen Zugewanderten war 2023 in der Schweiz mit 6 Prozent etwas über dem Niveau von Deutschland, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich (je 5 Prozent).

Das Gros der Zugewanderten ist indes in der Schweiz relativ gut in den Arbeitsmarkt integriert. So arbeiten gemäss dem OECD-Bericht fast die Hälfte aller Zugewanderten in Berufen, die hohe Qualifikationen verlangen, was einem vergleichsweise grossen Anteil entspreche. Zudem sei die Quote der hochqualifizierten Zugewanderten, die an einer Arbeitsstelle unterhalb ihres Qualifikationsniveaus tätig seien, mit rund einem Fünftel tiefer als in fast allen Vergleichsländern. Wenig betroffen sind vor allem Eingewanderte aus der EU. Schlechter sieht es für Zuwanderer mit einem Abschluss aus Drittstaaten aus: Nur etwa die Hälfte dieser Personen mit

Tertiärabschluss haben einen Arbeitsplatz mit entsprechenden Anforderungen. In den Vergleichsländern sind die Quoten allerdings noch deutlich tiefer.

Unausgeschöpftes Potenzial ortet die OECD vor allem bei den zugewanderten Frauen: Diese sind trotz höherem Anteil an Tertiärabschlüssen deutlich weniger erwerbstätig als im Inland geborene Frauen. Und weniger als die Hälfte der zugewanderten Frauen mit Tertiärabschluss arbeitet in einem Beruf mit entsprechenden Anforderungen. Zudem liegt die Erwerbstätigenquote von zugewanderten Müttern mit Kleinkindern 24 Prozentpunkte unter dem Niveau von hier geborenen Müttern mit Kleinkindern. In der EU ist der Unterschied ähnlich gross.

Die Sprache öffnet Türen

Neben dem Bildungsabschluss zählt auch die Sprache zu den starken Treibern der Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. In der Schweiz liegt die Erwerbstätigenquote der Zugewanderten mit fortgeschrittenen Kenntnissen der Sprache am Wohnort um 15 bis 20 Prozentpunkte höher als bei den anderen Einwanderern. Ähnliche Differenzen gibt es auch in der EU.

Vergleichbar mit dem EU-Durchschnitt ist das Schweizer Ergebnis auch bei den Sprachfortschritten der Einwanderer: Knapp die Hälfte jener Einwanderer, die zu Beginn bei der Wohnortssprache auf Anfängerniveau waren, hatten nach fünf Jahren ein fortgeschrittenes Niveau erreicht. Das Glas ist hier indes wohl eher halb leer als halb voll.

Wenn im Haushalt keine Landessprache gesprochen wird, mangelt es oft auch den Kindern von Eingewanderten an Fähigkeiten in der lokalen Sprache. Der OECD-Bericht verweist auf die Pisa-Schülertests für 15-Jährige: Gut einem Drittel der in der Schweiz geborenen Schüler von zugewanderten Eltern und fast 40 Prozent der im Ausland geborenen Schüler mangelt es an grundlegenden Lesefähigkeiten. Gemäss den Pisa-Tests ist in der Schweiz die Diskrepanz bei der Lesefähigkeit zwischen Schülern mit gleicher Haushalts- und Testsprache und den fremdsprachigen Schülern die höchste im OECD-Raum. Laut OECD ist für Kinder von Zugewanderten der Einbezug in frühkindliche Bildungsangebote besonders wichtig.

Gemessen am Einkommen sind die Zugewanderten in der Schweiz relativ gut integriert. Deren mittleres verfügbares Haushaltseinkommen liegt gemäss OECD rund 10 Prozent unter dem Niveau der im Inland geborenen Bevölkerung. Diese Differenz sei im internationalen Vergleich gering, und

das Einkommensniveau in der Schweiz sei generell hoch. Dementsprechend kommt bei den Zugewanderten in der Schweiz gemäss OECD auch eine finanzielle Überbelastung durch die Wohnkosten weniger oft vor als im Ausland.

Relativ hohes Vertrauen

Auch die gefühlte Gruppendiskriminierung der Zugewanderten ist laut Befragungen in der Schweiz geringer als in den Vergleichsländern. In der Schweiz fühlen sich gemäss dem OECD-Bericht etwa 9 Prozent diskriminiert, im EU-Mittel sind es rund 15 Prozent. Die Einbürgerungsquote ist derweil in der Schweiz relativ tief. Etwa 45 Prozent der Zugewanderten in der Schweiz haben zehn Jahre nach der Einwanderung einen Schweizer Pass, in der EU sind es gut 50 Prozent und im Mittel der OECD etwa 60 Prozent.

Eine Illustration des Integrationsgrads liefert auch das Vertrauen in die Institutionen des Wohnsitzstaats. Befragungen zeigen laut der OECD, dass das Vertrauen der Zugewanderten in der Schweiz in Polizei, Parlament und Rechtssystem des Landes vergleichbar ist mit dem Niveau nordischer Länder. Damit zähle die Schweiz zur Spitzengruppe im OECD-Raum.

Laut dem Staatssekretariat für Migration bestätigt der OECD-Bericht die Integrationspolitik in der Schweiz. Das Staatssekretariat verweist auch auf die vom Bundesrat Anfang Jahr beschlossenen «Begleitmassnahmen» zur Debatte über die Initiative zur 10-Millionen-Schweiz. Zu den Zielen der Begleitmassnahmen zählen unter anderem die Wohnbauförderung und eine stärkere Ausschöpfung des Erwerbspotenzials des Familiennachzugs. Ob solche Schritte und der Bericht der OECD die Volksmehrheit in der Schweiz beruhigen werden, ist eine andere Frage.

Ziel knapp verpasst

Der Anteil der Flüchtlinge an den Zugewanderten ist in der Schweiz mit rund 7 Prozent nur etwa halb so hoch wie im Mittel der EU-Vergleichsländer. Ein Sonderfall sind die Flüchtlinge des Kriegs in der Ukraine: Sie haben mit dem Schutzstatus S im Prinzip den sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Laut dem Staatssekretär Vincenzo Mascioli dürfte die Erwerbstätigenquote der 2022 eingewanderten Flüchtlinge im Erwerbsalter mit Schutzstatus S Ende dieses Jahre etwa 47,5 Prozent erreichen. Das 50-Prozent-Ziel des Bundesrat würde damit knapp verpasst.